

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.20 Uhr
Ende: 14.30 Uhr

1) Kunsthausdebatte

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Werner! Ich mache heute dem Karl-Heinz Herper ein bisschen Konkurrenz, in dem ich mich über Umwege und längere Einleitungen zum Kern der Sache vortaste (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), aber diesmal kann selbst ich nicht kurz und bündig sein und gleich zur Sache kommen. Es ist das erste Mal, glaube ich, dass ich in meiner ganzen politischen Laufbahn, dass ich da Seiten für eine Frage benötige, aber zeitgenössische Kunst ist eben ein bisschen sperrig und schwerer vermittelbar, das zeigt sich eben auch in meiner Frage.

Kaum jemand zweifelt noch daran, dass das Kulturhauptstadtjahr für Graz eher ein Strohfeuer war als eine lang brennende Fackel. Selbst ich als glühende Befürworterin dieses Projektes muss langsam klein begeben, aber nicht weil ich im Nachhinein zur Ansicht gelangt bin, dass es ein Fehler war, sondern weil es beschämend ist, wie Graz den Schwung von 2003 verspielt hat. Und kommen Sie mir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Finanzsituation, es ist die durch das stets sich gegenseitig Ausbremsen entstandene Lähmung die vorherrscht und die bei Kulturschaffenden und Kulturengagierten und Kulturinteressierten eine gewisse Endzeitstimmung aufkommen lässt. Aber es gibt doch noch Menschen im In- und Ausland, die wissen, dass Graz seine Bekanntheit als Kulturstadt durch das Forum Stadtpark, den Steirischen Herbst und eben als Stadt der Avantgarde erreicht hat und nicht so sehr durch Styriarte oder andere konventionellere Veranstaltungen, die ich aber natürlich keineswegs in Frage stellen möchte.

Und wer glaubt, das ist jetzt an dich, lieber Werner, gerichtet, mit einem mittelmäßigen und auch schon aufgrund der technischen Gegebenheiten nur

mittelmäßig ausstattbaren Musical den Ruf von Graz als Kulturhauptstadt zu retten, wir haben zwar eh schon drüber diskutiert, aber das nur so am Rande, dem muss gesagt sein, dass so ein Unterfangen gerade einmal dazu beitragen kann, dass „net ganz so fad“ ist in der Stadt. Selbst in einem Tourismusland wie Kärnten hat man viel Geld im Wörthersee versenkt, weil es niemanden mehr lockt, wenn man nicht Sensationelles bieten kann auf diesem Gebiet.

So, und in dieser für Graz als Kulturstadt ohnehin nicht zuträglichen Stimmung polemisiert ein Journalist auf das Heftigste, Gratisblätter, die sich bisher maximal fußballkundig zeigten, stimmen freudig mit ein und die Politiker, die für Kultur zuständig sind, denn für mich gibt es schon lange keine Kulturpolitiker mehr, weder auf Bundesebene noch auf Landesebene noch in der Stadt, hüllen sich in Schweigen. Aber immerhin mit dieser Diskussion schaffen wir es wieder in den Kulturteil aller möglichen europäischen Gazetten und zwar eher als eine Stadt, die zum Provinznest mutiert als Kulturstadt!

Als das Kunsthaus gebaut wurde – es ist ja architektonisch nicht gerade wirklich leicht zu bespielen dieses Haus - und als die inhaltliche Ausrichtung vorlag und man Peter Pakesch bestellte, wusste man, wenn man sich ein bisschen mit den Dingen auseinandergesetzt hat, was in diesem Kunsthaus in etwa stattfinden wird. Man kann doch nicht allen Ernstes geglaubt haben, wie mir also immer wieder einmal von Leuten vermittelt wurde, dass unter „zeitgenössischer Kunst“ Massen anziehende Präsentationen wie im Kunst-Forum in Wien stattfinden werden. Schiele, Klimt und solche Maler waren „Zeitgenossen“ im vorvorvorigen Jahrhundert und als solche vom breiten Publikum ebenso geächtet und verteufelt, wie das heute die zeitgenössische Kunst ist. Und für eine derartige Ausrichtung hätte man für die Bespielung des Kunsthauses wahrscheinlich schon für die Versicherungsleistungen mehr Geld gebraucht, als das Kunsthaus heute zur Verfügung hat. Natürlich können wir auch das ohnehin für eine solches Haus relativ knapp bemessene Budget kürzen, dann können wir vielleicht die Aquarelle von einem Hobbymalkurs der Volkshochschule ausstellen, aber in diesem Fall würde selbst ich für das Schließen des Hauses plädieren. Wir können natürlich auch, nachdem wir schon den Uhrturmschatten und den Marienlift verkauft haben, können wir auch das überlegen, ob wir es vielleicht an irgendwen verscherbeln. Dass grundsätzlich Kunst, um nicht zu sagen, Kultur ein

Minderheitenprogramm darstellt, wissen wir alle zur Genüge. Natürlich finden sich immer Kliqueure für diejenigen, die bei jeder Schwierigkeit gleich eine andere Ausrichtung oder manchmal sogar eine Schließung fordern. Wenn ich mir die Besucherzahlen der verschiedenen Kultureinrichtungen im Vergleich mit dem Kunsthaus vor Augen halte, dann könnten wir überlegen, ob wir das Zeughaus schließen, die Alte Galerie, das Volkskundemuseum, denn auch dort sind die Besuchermassen, diese Einrichtungen ziehen auch keine Besuchermassen an. Mein Zugang ist das natürlich nicht, denn ich liebe Graz und möchte mithelfen, seine Strahlkraft zu fördern und wieder zu erwecken und dazu gehört, dass man sich mit Kritik ernsthaft auseinandersetzt und daraus lernt.

Sich im Kunst- und Kulturbetrieb zu stark auf Besucherzahlen zu stützen, würde Stillstand und kulturelle Armut bedeuten. Gerade in der zeitgenössischen Kunst hat die öffentliche Hand eine Verpflichtung. Die Verpflichtung, Neues zuzulassen und zu fördern, denn Konventionelles erhält sich leichter selbst. Und zu dieser Verpflichtung, lieber Werner, möchte ich nun kommen:

Natürlich weiß ich, dass das Kunsthaus Teil des Joanneums ist und aufgrund der Verantwortlichkeiten nicht zu deinen Schwerpunkten zählen kann. Aber als Mitzahler haben wir doch eine Mitverantwortung und ich denke, auch du solltest dir überlegen, was man tun könnte, um das Ansehen des Hauses inhaltlich zu verbessern. Viel kleinere und provinzieller ausgerichtete Städte haben ein Kunsthaus, in dem Zeitgenössisches Platz findet. Ich möchte nicht haben, dass man mit St. Pölten oder Krems dann in Konkurrenz treten muss. Und auch dort ist es, dass zwar die meisten BewohnerInnen der Städte nicht hineingehen, aber dass sie es trotzdem angenommen haben, so nach dem Motto „mir muss ja net alles g´fallen“. Ich denke, dass Stadt und Land sich zusammentun müssen, um bereits den Empfang im Kunsthaus einladender zu gestalten und jenen, die das Kunsthaus betreten, verstärkt auch offensiv Begleitung anbieten zu können.

Um wenigstens ein bisschen von der positiven Stimmung, die in Graz 2003 geherrscht hat, wieder aufzunehmen, müssen wir aufhören, alles und jedes madig zu machen.

Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

ob du bereit bist, dich weiterhin positiv in die Debatte um das Kunsthaus einzubringen und versuchst, gemeinsam mit dem Finanzreferenten der Stadt, Wolfgang Riedler, der ja auch als Kunstfreund bekannt ist, seitens der Stadt abzusichern, dass das Kunsthaus ein Budget behält, mit dem es seiner Aufgabe gerecht werden kann, um der Öffentlichkeit endlich wieder einmal zu beweisen, dass es in Graz auch Anstrengungen gibt, dass Dinge ermöglicht und nicht nur verhindert werden und im parteipolitischen Hickhack versinken.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf bitte alle Damen und Herren ersuchen, wirklich das Schwätzen auch einzustellen. Wir diskutieren es jedes Mal, aber wenn es zu Beginn schon einen solchen Lärmpegel gibt, dann möchte ich gar nicht an 16.00 oder 17.00 Uhr denken. Deswegen bitte etwas mehr Aufmerksamkeit und wer etwas zu sagen hat außer dem, der am Wort ist, bitte hinausgehen.

StR. **Miedl**: Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Maxie. Ich danke dir zum Ersten persönlich dafür, für diese Grundsatzklärung würde ich beinahe sagen in Sachen Kulturpolitik, die ich aus meiner Sicht zu hundert Prozent unterschreiben kann und wir haben auch im Club der ÖVP heute über deine Anfrage diskutiert. Ich denke, auch die ÖVP könnte dies tun. Es ist nämlich eine couragierte und auf der anderen Seite auch sehr profilierte und kantige Erklärung von deiner Seite. Ich war lange Zeit in Wien, genau in der Zeit, als die Kulturhauptstadt 2003, das Kunsthaus und alle Institutionen frisch diskutiert und mit neuem Mut und Aufschwung ins Leben gerufen wurden und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass der Blick von außen über Graz ein Blick ist, der Qualität zulässt und der Qualität erlaubt und sehr viele hatten mir damals im Gespräch mitgeteilt, ich kenne Graz zwar noch

nicht, ich möchte aber gerne eben dort einmal hin, muss interessant sein. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es ist eine wunderschöne Stadt mit einem irrsinnig interessanten kulturellen Angebot und wir sollten uns darauf besinnen, dass wir den Wert dieser Stadt tragen und heben und nicht permanent durch kleinkrämerischere Auseinandersetzungen hergehen und diesen Wert der Stadt senken und vielleicht ein Beispiel: Das Kunsthaus hat nach der Debatte, die aus meiner Sicht dem Kunsthaus schlussendlich gut getan hat, weil so manche Position aufs Neue hinterfragt wurde, aber sie hat aufs Neue internationale Aufmerksamkeit erregt und wenn die Neue Züricher Zeitung schreibt, Zitat: „Das in der spröden, nicht eben leicht bespielbaren Architektur des Gebäude, das Innen wie eine Höhle wirkt, Peter Pakesch in den letzten drei Jahren ein Programm durchgezogen hat, das sich sehen lassen kann“, und das sagt die Neue Züricher Zeitung und sie weiterschreibt, dass sie die Politik nicht versteht, die sich hier in rätselhaftem Tun ergötzt, dann kann ich dieser Haltung sehr vieles abgewinnen. Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Kunsthaus, dem Literaturhaus, worauf wir noch zu sprechen kommen werden, weil auch hier sind Parallelitäten feststellbar, wir haben mit dem Steirischen Herbst und der Styriarte, wir haben mit dem Forum Stadtpark Institutionen, die ich nicht in Frage stellen möchte und auch nicht in Frage gestellt wissen will. Meine Damen und Herren, und Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben da auch eine Verpflichtung und ich sage Ihnen, hier ist Parteipolitik wie ein Krebsgeschwür, das an der Kulturpolitik dieser Stadt nagt, bis nichts mehr übrigbleibt und wir sollten uns hüten, in genau solchen parteipolitischen und kulturpolitischen Fragen uns parteipolitischen Schwachheiten zu ergeben. Und, meine Damen und Herren, wir sollten Einigkeit erzielen, Tatsache ist, dass das Kunsthaus wegen seiner Architektur weit über Grazer Grenzen hinaus erkennbar wird. Tatsache ist, dass mit dem Kunsthaus das Bekenntnis zu einer mühsamen Gegenwartskunst von Peter Pakesch sehr interessant wahrgenommen wird, der sagt, Gegenwartskunst ist nicht leichte Kost, Kunst soll allenfalls irritieren und aufrütteln, meine Damen und Herren. Kunst wird nie in Zahlen und in Geldwert zu bemessen sein und wir sollten aufpassen, dass ein Profilwechsel von Institutionen nicht zur Profillosigkeit verkommt, meine Damen und Herren. Maxie, zu deiner Anfrage: Ich habe mich im November in einer Grazer Wochenzeitung, weil ich schon wusste, was da auf uns zukommt, sehr offensiv und sehr eindeutig zum Kunsthaus bekannt. Ich habe das Gleiche getan vor kurzem ebenfalls in einer anderen Grazer Wochenzeitung und ich habe in einer

Presseaussendung oder in zwei Presseaussendungen unverhohlen meine Absicht und die Absicht der Grazer Volkspartei zu den Fragen der kulturellen Institutionen in dieser Stadt kundgetan. Von mir, Maxie und meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird es ein ganz klares, ein glasklares Bekenntnis zu diesen Institutionen geben. Ich und wir werden nicht zulassen, dass auf Kosten der Kunst und Kultur in dieser Stadt Parteipolitik gemacht wird, heute nicht und morgen nicht, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Uray-Frick**: Eine Zusatzanmerkung, bitte lieber Werner, möchte ich schon machen. Also du verteufelst jetzt hier, das unterstreiche ich auch, das Parteipolitische, sagst dann aber immer wieder, was die ÖVP machen wird. Ich würde mir wünschen, egal ob ÖVP, SPÖ oder sonst irgendwer, dass man gemeinsam daran arbeitet und sich zusammensetzt, dass dieses Kunsthaus so bestehen bleibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, du bist schon so lange im Gemeinderat, bitte nur bei Zusatzfragen.

Mag. **Uray-Frick**: Das war keine Zusatzfrage, aber das reizt.

2) Auflösung des Exekutionsreferates in der Mag.-Abt. 8/2

GR. **Pogner** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die finanzielle Situation der Stadt Graz hat in den letzten Monaten, Jahren immer wieder zu Spekulationen Anlass gegeben. Und es ist kein Geheimnis, wenn man von einer angespannten Situation spricht. Die Stadt mit ihren Beamten hat in den letzten Budgets einen Großteil dazu beigetragen, dass sich die Situation verbessert. Sparprogramm, Aufgabenkritik, Eckwertbudget, das sind die entscheidenden Maßnahmen, die gesetzt wurden.

Eine Einnahmequelle der Stadt Graz war unter anderem auch, dass ausständige Gebühren von säumigen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen über ein Exekutionsreferat eingetrieben wurden, und dieses Exekutionsreferat war erwiesenermaßen eigentlich immer sehr erfolgreich.

Nunmehr wird dieses Referat mit seinen Mitarbeitern aufgelassen und sämtliche zur Einbringung anstehenden Beträge sollen also in Hinkunft über das Gericht eingebracht werden.

Die Kosten, die der Stadt für diese Eintreibung ausstehen und anstehen werden, und das sind jetzt zum Beispiel nur die ausstehenden Parkgebühren, „alte“ Fahrnisexekutionen, da munkelt man, dass die in etwa 900.000 Euro betragen werden. Wohl gemerkt, das sind nur die Gerichtskosten, das sind also nicht die Gebühren, die eingetrieben werden, sondern nur Gerichtskosten. Im heurigen Jahr sind bereits an die 100.000,- Euro an Gerichtsgebühren überwiesen worden, das ist schon weg das Geld. Jetzt kann man sich vorstellen, wie viele Bedienstete hätte man eigentlich mit 100.000 Euro jetzt schon oder mit den prognostizierten 900.000 Euro beschäftigen können. Da muss man sich dann auch noch die Frage stellen, wie viel effektiver wäre es, wenn eigene Beamte die Eintreibungen vornehmen, denn die Gerichtsexekutoren, die sind erfolgsbeteiligt sozusagen, die bekommen eine Erfolgsprämie und sind umsatzbeteiligt. Das heißt, ein Exekutor wird nur dann eintreiben oder vor allem sich dort bemühen einzutreiben, wenn der Eintreibungsbetrag, der Einhebungsbetrag ein sehr hoher ist, das heißt, die geringen Parkstrafen von zum Beispiel 29 Euro, die werden halt wahrscheinlich ein bisschen auf die lange Bank geschoben werden. Also wie effizient wird so eine Gerichtseinbringung sein?

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, dem Gemeinderat beziehungsweise dem Finanzausschuss über die Effizienz der von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen quartalsmäßig zu berichten, um die Sinnhaftigkeit Ihrer Vorgehensweise evaluieren zu können?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich bin im Prinzip viel öfter bereit, dem Gemeinderat, einem einzelnen Mitglied des Gemeinderates oder dem Gemeinderat als Kollegialorgan Auskunft zu geben, nämlich nur dann, wenn ich gefragt werde. Eine Evaluierung der organisatorischen Neuregelung der Exekution wird zweifellos durchzuführen sein. Eine quartalsmäßige Berichterstattung im Gemeinderat ist aber aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Finanzdirektion nicht sinnvoll. Kern der Entscheidung war ja, dass eigene Personalkosten von rund einer Million Euro per anno nicht an die Exekution überwältzt werden konnten in der Vergangenheit, externe Gerichtsgebühren hingegen zu Gänze. Das heißt, es verbleiben der Stadt Graz künftig nur jene Exekutionskosten, die nicht eintreibbar sind. Nach den bisherigen Erfahrungen sind das unter 20 %, aber eine konkrete Evaluierung wird nach etwa zwei bis drei Jahren Abschluss der jetzt übergebenen Gerichtsexekutionen nämlich möglich sein.

GR. **Pogner**: Auch zuerst eine Anmerkung, die Personalkosten sind ja natürlich nach wie vor gegeben, weil die Leute werden ja weder entlassen noch auf die Straße gesetzt, aber die Zusatzfrage ist, sind Sie bereit, ebenfalls auch schriftlich dem Gemeinderat bekannt zugeben, welche weiteren Auslagerungen im Steueramt jetzt so gegen Ende Ihrer Funktionsperiode geplant sind?

Dr. **Riedler**: Also, ich möchte zuerst auch diese Auffassung korrigieren, weil natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Exekution, vor allem ja männliche

Mitarbeiter, in anderen Bereichen und zwar sehr, sehr erfolgreich eingesetzt werden konnten und nach meinem Informationsstand auch sehr zur eigenen Zufriedenheit. Also, die Neuorganisation bedeutet, dass wir zu keiner Personalausweitung bei einer höheren Leistung gekommen sind und das ist natürlich finanziell zu Gunsten der Stadt Graz wirksam. Anders als mein Vorgänger in diesem Amt werde ich meinem möglichen Nachfolger für die nächste Periode jedenfalls keine Projekte überlassen, die ich nicht zu Ende geführt habe, dieses war ein solches Projekt (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.40 Uhr den Vorsitz.

3) Integration als Themen bei magistratsinternen Schulungen

GRin. Dr. **Richter-Kanik** stellt an Bürgermeister Mag. **Nagl** folgende Frage:

Dr. **Richter-Kanik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mehr als 13 Prozent der in Graz lebenden Bevölkerung ist nicht im deutschsprachigen Raum geboren, stammt aus anderen Kulturkreisen. Und oftmals sind es gerade diese rund 40.000 Menschen, die sich aus verschiedensten Gründen und mit unterschiedlichen Fragestellungen an MitarbeiterInnen des Magistrat Graz wenden müssen. Zwar hat die Stadt Graz erfreulicherweise darauf reagiert und bietet im Rahmen der Verwaltungsakademie verschiedene Seminare, nämlich „Begegnung unterschiedlicher Kulturen“ und „Interkulturalität und Antidiskriminierung“ auf freiwilliger Basis und, wie ich glaube, mit einem sehr guten Inhalt. Dieser Ansatz ist sicher sehr begrüßenswert, doch erscheinen mir diese beiden zweitägigen Seminare auf freiwilliger Basis angesichts der Dimension etwas zu wenig zu sein. Dies vor allem auch in Hinblick darauf, dass solche Seminare kaum jemand zu Beginn seiner beruflichen Tätigkeit im Magistratsdienst besuchen kann.

In diesem Sinne wäre es daher aus meiner Sicht wünschenswert und zielführend, den Themenbereich „Integration/Migration“ frühzeitiger und für alle

MagistratsmitarbeiterInnen zugänglich zu machen – ganz konkret im Rahmen der so genannten Einführungskurse für neue MagistratsmitarbeiterInnen sowie natürlich auch im Rahmen der Vorbereitungskurse für die Dienstprüfungen, in denen jeweils ein Informationsblock über Integration/Migration eingebaut werden könnte. Eine solche frühzeitige Beschäftigung mit diesem Themenfeld wäre sicher für alle Beteiligten von Vorteil: Einerseits für die Magistratsbediensteten, denen damit von Anbeginn die Chance auf einen sensibilisierteren Zugang zu diesem Themenkomplex eröffnet wird, andererseits auch für die MigrantInnen, deren Schwierigkeiten, Sorgen und Anliegen damit auch sicher wirkungsvoller begegnet werden könnten.

In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs die

F r a g e ,

ob Sie als der zuständige Personal- und Integrationsreferent bereit sind zu veranlassen, den Themenbereich „Integration/Migration“ in Zukunft auch im Einführungskurs für neu aufgenommene Magistratsbedienstete sowie in den Vorbereitungskursen für die Dienstprüfung verstärkt zu berücksichtigen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, herzlichen Dank für diesen Vorschlag, den werden wird selbstverständlich aufnehmen. Wir werden aber auch dabei bleiben, dass wir diese freiwilligen Seminare in der Verwaltungsakademie fortführen, weil die Materie ist ja sehr umfassend, Sie wissen, dass gerade bei Neuaufnahmen oder bei der Dienstprüfung schon viel an Stoff da ist und man diesen Teilbereich dazunehmen sollte, aber wer das noch vertiefen möchte, sollte dann auch die Gelegenheit haben, das noch in der Verwaltungsakademie wie bisher zu lernen. Aber der Vorschlag wird von mir gerne aufgenommen und umgesetzt.

Dr. **Richter-Kanik**: Ich hoffe, dass es bald durchgesetzt wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das können wir gleich machen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

4) Möglichkeiten der Unterstützung von Arbeit mit jungen Autorinnen und Autoren

GR. Mag. **Fuchs** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, der Verein für Kultur an der Karl-Franzens-Universität Graz uniT hat für die Jahre 2007 und 2008 erstmalig einen mehrjährigen Fördervertrag der Stadt Graz bekommen. Dass die Fördersumme um fünf Prozent erhöht wurde, darf als Anerkennung der erfolgreichen Arbeit von uniT gewertet werden. Wie den in die Entscheidung eingebundenen Personen bekannt ist, wurde die Fördersumme ausdrücklich für die Unterstützung der Theaterarbeit gewährt. uniT hat aber in den vergangenen Jahren über die Theaterarbeit hinausgehend äußerst erfolgreich in einer für Österreich einzigartigen Weise mit jungen Autorinnen und Autoren gearbeitet.

Dass diese Nachwuchsarbeit Früchte trägt, beweist nicht nur die lange Liste an heimischen und internationalen Literatur- und Kunstpreisen, die mehrere der von uniT geförderten AutorInnen erhalten haben. Diesem Tätigkeitsbereich drohen nun aufgrund fehlender Finanzierung massive Einschränkungen. Der Kulturausschuss hat anerkannt, dass die Stadt Graz nicht den Entfall der gesamten Summe, die in den vergangenen Jahren durch andere Fördergeber zur Verfügung gestellt wurde,

aufwiegen kann. Das darf aber nicht bedeuten, dass ab Herbst 2007 gar keine Arbeit mit jungen Autorinnen und Autoren mehr stattfindet.

Der Topf für Literaturförderung bietet durchaus einigen Spielraum, von großen und großzügig subventionierten Einrichtungen zu kleinen, aber zweifellos sehr erfolgreich arbeitenden Institutionen umzuschichten. uniT ist darüber hinaus durchaus bereit, sich in vorhandene Strukturen einzubringen.

Ich stelle im Namen der KPÖ-Fraktion deshalb folgende

F r a g e :

Gibt es bereits ein Konzept zur Weiterführung der AutorInnenarbeit von uniT? Sind Sie bereit, sich für eine Anerkennung dieser Arbeit einzusetzen, die sich auch in einer Basisförderung niederschlägt (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Miedl:** Ja, Herr Gemeinderat Fuchs, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, es ist eine wahnsinnig sensible und in Wirklichkeit bei knapper werdenden Budgetmitteln eine schwierige Angelegenheit, Initiativen, die ihr gesamtes Herzblut und ihr ganzes intellektuelles Können in eine Arbeit hineinlegen, so zu bewerten, dass die Initiative des anderen auch entsprechend bewertet werden kann. Und ich sehe gerne, vor allem bei Ihnen Herr Gemeinderat Fuchs, weiß ich, dass Sie sich sehr um kulturelle Angelegenheiten bemühen. Es ist schwer, das eine zu tun, ohne das andere zu vernachlässigen und ich sage Ihnen jetzt ein paar Dinge, die mir wichtig sind. Genau uniT hat, und ich habe es damals dem Gemeinderatsausschuss berichtet, plus 5 %, also mehr als bisher im Budget ausgewiesen, bekommen und in Anerkennung der Leistungen und der Arbeit der Frau Edith Draxl haben wir dazu bitteschön, auch einen Vertrag, einen Fördervertrag abgeschlossen. Herr Kollege Fuchs, nämlich genau dass solche Initiativen nicht Jahr für Jahr darum bangen müssen, ob es sie weiter gibt. Und in dem Förderprogramm, in dem Fördervertrag haben wir festgehalten, dass der Schwerpunkt in der Dramatikerwerkstatt und in der Förderung junger DramatikerInnen bestehen soll, dass wir die Verbindung von Kunst und Sozialem weiterhin aufrecht erhalten wollen und dass Tanztheaterproduktionen, Workshops in vielen Theatern und Tanz sowie

szenisches Schreiben der Studierenden ein fixer Bestandteil sein soll. Daher, Herr Kollege Fuchs, ist für mich dieser scheinbare Theaterfördervertrag auch natürlich ein Literaturfördervertrag und man soll es nicht einseitig sehen. Ich sage Ihnen, selbstverständlich werde ich mich bemühen, Fördermittel für diese wichtige kulturelle Institution in unserer Stadt auch weiterhin im bisherigen Ausmaß und, wenn es möglich ist, sogar in höherem Ausmaß zu geben. Aber ich will Ihnen da auch kein X für ein U vormachen, so wie es aussieht, werden die Budgetmittel nicht größer werden, sondern wenn wir gut sind und die Kulturpolitiker der verschiedenen Fraktionen mich auch unterstützen, werden wir möglicherweise das gleiche Budget haben. Ich gehe davon aus, aber ich halte es für denkbar und durchaus möglich, dass wir genau jenen Literatinnen und Literaten in unserer Stadt, die sich um Junge kümmern, verstärkt anbieten Institutionen wie die Stadtbibliotheken, das Literaturhaus, über das heute noch zu reden sein wird. Wir sollten auch verstärkt den Anknüpfungspunkt zu den vier Literaturzeitungen, die wir in dieser Stadt haben, nämlich Manuskripte, Lichtungen, Perspektiven und den Sterz, den wir heuer erstmals auch wieder in das Förderungsprogramm aufgenommen haben, sowie die Literaturstipendien, die es gibt, wir haben eine Asylschreiberin und wir haben einen Stadtschreiber, bitte das auch nicht zu vergessen, miteinander zu vernetzen. Und, meine Damen und Herren, Graz gilt als die heimliche Literaturhauptstadt Österreichs, das sind wir dem Ruf auch schuldig und ich bin ganz auf Ihrer Seite, dass man da sorgsam damit umgehen sollte und ich gehe davon aus, dass Sie mich künftig bei der Verteilung der Mittel auch so vehement unterstützen werden, dass das, was Sie und ich gemeinsam wollen, auch in Zukunft möglich sein wird (*Applaus ÖVP*).

Mag. Fuchs: Ich bedanke mich für die Antwort. Ich habe auch anerkannt, dass es diese 5-%-ge Erhöhung gegeben hat. Vielleicht ist es doch möglich, eine kreative Lösung zu finden, die mehrere Beteiligte zufrieden stellt. Sie wissen ja bestimmt, dass es auch diverse Kritikpunkte gegeben hat an der Budgetgestaltung des Literaturhauses, nämlich in der Richtung, dass dem Literaturhaus von verschiedenen Seiten vorgeworfen wird, dass zu wenig Budgetmittel eingesetzt werden für heimische Autorinnen und Autoren. Vielleicht gelingt es Ihnen ja als Kulturstadtrat

vermittelnd einzugreifen und vielleicht beide Projekte zu einem gemeinsamen Projekt zu machen. Das bitte jetzt als Frage zu verstehen.

StR. **Miedl**: Herr Gemeinderat Fuchs, auf diese sympathische Frage eine für Sie wahrscheinlich zufriedenstellende Antwort. Ich habe es vorhin schon versucht anzukündigen. Selbstverständlich habe ich das auch vor, aber ich will einen verantwortlichen Intendanten nicht oktruieren. Das heißt, das muss man natürlich auch aufbereiten, der Intendant ist schlussendlich am Ende des Jahres uns und dem gesamten Gemeinderat verantwortlich für das Tun, für das kulturelle Schaffen. Aber ich werde mich sehr bemühen, dass wir hier die vier Institutionen, die ich vorhin erwähnt habe, verstärkt in den Mittelpunkt eines literarischen Schwerpunktes der Stadt auch setzen. Also erwarten Sie ein Vorgehen in Ihre Richtung (*Applaus ÖVP*).

5) Oeverseegasse

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Sowohl der Bebauungsplan, der zur Zeit aufgelegte Bebauungsplan City-Park, als auch die Umbaupläne zur Neugestaltung der Oeverseegasse haben bei den Anrainerinnen und Anrainern einigermaßen für Beunruhigung gesorgt. Ich denke, das Thema ist weitgehend bekannt, deshalb fasse ich mich kurz und frage dich, wirst du dafür eintreten, dass die Neupflanzungen der gefälltten Bäume in der Oeverseegasse und die Anlage der Grünstreifen ebendort so durchgeführt werden, dass es zu keiner Fahrbahnverbreiterung und damit nicht zu dem befürchteten Durchzug des Lieferverkehrs zum City-Park kommt und die Bäume den notwendigen Abstand zu den Gebädefassaden einhalten, damit es dann nicht zu Unmut unter den Anrainern und Beeinträchtigung der Wohnqualität in den Häusern kommt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Hermann! Wir haben im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan und auch im Zusammenhang mit der Sanierung und Erneuerung der Oeverseegasse, denke ich, klare Vorgaben an die Planung gemacht und diese Vorgaben werden auch umgesetzt. Das heißt, wir sind vom Ergebnis der Bürgerbesprechung am 10. Oktober 2006 ausgegangen und dabei wurde vereinbart, dass die Fahrbahnbreite maximal fünf Meter betragen wird für die Oeverseegasse. Ich denke, dass ein bisschen Verwirrung entstanden ist dadurch, dass der Straßenraum sehr wohl verbreitert wird, aber nicht die Fahrbahn. Die Fahrbahn bleibt bei fünf Meter und du kennst die Situation an der Ostseite, da parken die Autos im Grünbereich drinnen und wir nutzen die Sanierungsmöglichkeit, dass ein geregelter Parkstreifen errichtet wird, das heißt, der Straßenraum wird insgesamt um diesen geregelten Parkstreifen breiter, aber die Fahrbahnbreite, also die Breite für den fließenden Verkehr ist fünf Meter. Nachdem zunächst die Ostseite gemacht wird und dort eben dieser zusätzliche Straßenraum für den Parkstreifen kommt, hat es den Anschein, als würde die Straße und auch die Fahrbahn bis zur Sanierung der Westseite breiter, dem ist aber nicht so, sondern es ist vorgesorgt, dass in der Zwischenzeit bis auf der Westseite die Sanierung kommt auf dieser Seite der neue Fahrbahnrand, der dann diese fünf Meter begrenzt, nicht nur abmarkiert wird sondern auch mit Holzbollern tatsächlich abgesteckt wird, sodass klar ist, dass die Fahrbahnbreite auch in der Zwischenzeit, bis die Westseite saniert wird, nicht breiter als fünf Meter sein wird.

Mag. **Candussi**: Es gibt noch eine Zusatzfrage zum City-Park. Ich weiß nicht, ob du die beantworten kannst, aber es wird an uns immer wieder die Frage gerichtet, welche von den im Bebauungsplan ermöglichten Bauvorhaben in absehbarer Zeit von Spar dort umgesetzt werden sollen. Ob du da einen groben Zeitplan oder die Absichten von Spar kennst.

StR. Dr. **Rüsch**: Das kann ich an und für sich deshalb nicht, weil der Bebauungsplan ja weder eine Baubewilligung noch einen Bauauftrag noch sonst was enthält. Nach

meinen Informationen ist beim City-Park vor allem der Wunsch nach einem möglichst raschen Ausbau der Bäckerei sehr vordringend. Ich denke, dass das eine der ersten Baumaßnahmen ist, aber nochmals, das ist eine informelle Aussage.

6) Modell „Ökodrive“

GRin. **Bauer** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Es geht in meiner Frage um das Modell Ökodrive. Wie du in einer Grazer Wochenzeitung erfreut festgestellt hast, wird ein „Erfolgsrezept aus Graz“ von der Wirtschaftsmacht China, nämlich das Modell „Ökodrive“, bei dem altes Speiseöl nicht teuer entsorgt, sondern zu Biodiesel für die Busflotte der Verkehrsbetriebe umgewandelt wird, übernommen und steht nun in der 10-Millionen-Einwohnerstadt Peking vor dem Start.

Ich stelle an dich, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende

Frage:

Hat die Stadt Graz durch diese Weitergabe des Modells an China Vorteile oder gab es nur Geschäftsreisen nach China, um partnerschaftlichen Kontakt zu pflegen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geschätzte Frau Gemeinderätin! Es befassen sich die renommierten Dow Jones TradeNews Emissions mit Sitz am wichtigen europäischen Börsenstandplatz Frankfurt mit nachhaltigen Entwicklungen. Auf den Seiten 1 und 4 der Ausgabe Nummer 4 vom Februar 2007 berichtet das Blatt in großem, Sie werden sich freuen, Sie können stolz sein, berichtet das Blatt in großem Umfang über

besagtes Biodieselprojekt in Peking, das offensichtlich mit technischem Know-how aus Österreich verwirklicht werden kann. Dass in diesem Zusammenhang im einzigen Bild und im Summary auf eine Grazer Urheberschaft der zugrundeliegenden nachhaltigen Idee Ökodrive von der Pfanne in den Tank hingewiesen wird, darf als Akt der Fairness des ausführenden Unternehmens Biolux aus Brunn am Gebirge verstanden werden. Dass die Stadt Graz international mit einem sozialökologischen Pionierprojekt wie Ökodrive verbunden wird, für das es im Übrigen kein Patent geben kann, liegt jedenfalls im Grazer Interesse. Erst recht, wenn im gegenständlichen Fall keinerlei Kosten für internationales Marketing damit verbunden sind und schon gar nicht Reisekosten für Geschäftsreisen nach China, um partnerschaftlichen Kontakt zu pflegen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bauer:** Also grundsätzlich versteht sich das einmal von selbst, dass natürlich diese Know-how-Frage ist und dass diese Idee nicht nur für uns vielleicht kostenbelastend ist. Grundsätzlich hätte ich aber trotzdem gerne gewusst, in welchen anderen Ländern dieses Modell noch vorgestellt wurde und warum man das Modell nicht trotzdem anders versucht zu verkaufen, so wie jedes Unternehmen irgendeine Idee nicht einfach gratis weitergibt von sich aus (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk:** Ich glaube, das Umweltamt versteht sich in erster Linie in der Geschäftseinteilung für nachhaltige Entwicklungen im Umweltbereich, wir dürfen stolz sein, dass wir neben dem Projekt Ökodrive selbstverständlich auch sehr stark im Bereich von Thermoprofit unterwegs sind, wir sind sehr stark unterwegs im Bereich von erneuerbarer Energie insgesamt, was nicht nur der Stadt Graz zugute kommt, sondern, und das ist ja das Tolle, nämlich in Wirklichkeit auch für die Stadt insgesamt, wenn es um nachhaltige Entwicklungen geht, dann sind wir gerne bereit, jenen Ländern auch Hilfestellungen zu geben, China ist nicht das einzige Land, es gibt andere europäische Länder, das wissen Sie natürlich auch, wo immer wieder auch unsere Patente beziehungsweise unser Know-how in Umsetzung gelangt. Selbstverständlich auch bei uns selber, denn Biodieselfahrzeuge oder

beziehungsweise mit Biodiesel fahren inzwischen sämtliche Grazer Busse der Grazer GVB (*Applaus SPÖ*).

7) Riesen-Osterfeuer in Wenisbuch/Grünschnittentsorgung

GRin. **Meißlitzer** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, lieber Walter! War in der Vergangenheit das Ostersonntags-Frühstück meist noch garniert mit Rauchschwaden der samstäglichen Osterfeuer, die auch die Feinstaubwerte in Rekordhöhen trieben, wird heuer – dank des Osterfeuerverbots – ganz Graz endlich auch am Ostersonntag durchatmen können.

Aber wer glaubt ganz Graz? Nein – ein Bezirk droht dennoch eingenebelt zu werden von seinem eigenen Bezirksvorsteher. Herr Bezirksvorsteher Wurzinger hat bekanntlich damit gedroht, dass er – wenn er keine eigene Grünschnittsammelstelle erhält – ein paar hundert Meter außerhalb der Stadtgrenze in Wenisbuch ein Riesenosterfeuer entzünden will.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Dort darf er.

GRin. **Meißlitzer**: Die Folgen sind klar: Damit würde – trotz Osterfeuerverbot – der halbe Bezirk Mariatrost eingenebelt. Und viele Mariatrosterinnen und Mariatroster fragen sich bereits zu Recht, ob es denn niemanden gibt, der sie vor ihrem eigenen Bezirksvorsteher schützen kann, wie es denn sein kann, dass ein Bezirksvorsteher aus einer reinen Trotzreaktion heraus mit Derartigem droht.

Eines wird aber auf jeden Fall aus der Wurzingerschen Drohung klar: Das Brauchtum Osterfeuer war in der jüngeren Vergangenheit in Graz offenbar primär dazu verwendet worden, den in den Gärten anfallenden Grünschnitt zu entsorgen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter die

F r a g e :

Welche Möglichkeiten haben nunmehr Gartenbesitzer, ihren Grünschnitt zu entsorgen, ohne damit die Grazer Luft zu belasten (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, ich darf auch den anwesenden und angesprochenen Bezirksvorsteher Wurzingler ganz herzlich auf der Zuhörergalerie begrüßen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich werde es so, wie der Kollege Miedl meist beginnt, halten, ich bedanke mich sehr herzlich für diese, wie ich glaube, sehr interessante Frage. Natürlich, meine Damen und Herren, ist die Grünschnittentsorgung sowohl ökologisch als auch ökonomisch äußerst sinnvoll als Alternative zur Verbrennung und ganz wichtig ist festzuhalten und ohne damit die Grazer Luft zu belasten, Kompostieren und Mulchen im eigenen Garten, also, meine Damen und Herren, die einen Garten oder ein Grundstück haben mit der Kompostierung im eigenen Garten werden Garten und Küchenabfälle am Ort des Entstehens in wertvolle Komposterde umgewandelt und in den Naturkreislauf zurückgeführt. Kompostierung im eigenen Garten ist ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung von Transportwegen der Abfallabfuhr. Für die ordnungsgemäße Kompostierung wird von der Stadt Graz ein Kompostierbonus oder besser gesagt ein Kompostbonus als Nachlass auf die Abfuhrgebühren gewährt. Außerdem bietet die Stadt Graz bereits seit Jahren gesetzeskonforme Alternativen zur Verbrennung von Baum-, Hecken- und Strauchschnitt an. Im Detail, Frau Kollegin, Sie können was

lernen, Häckselervice, eine Dienstleistung der Firma Ökoservice, die direkt bei Grazer Privathaushalten durchgeführt wird. Den Privathaushalten werden von der Stadt Graz geförderte Stundensätze verrechnet, das Häckselgut sollte nach Möglichkeit im eigenen Garten kompostiert werden oder auch gemulcht werden. Ist das nicht möglich, kann das Häckselgut der Ökoservice betriebenen Häckselbörse zur Verfügung gestellt werden. Die Häckselbörse stellt Grazer Privathaushalten bei Bedarf auch Häckselgut kostenlos zur Verfügung. Grünschnittsäcke zusätzlich zum Behälter für biogene Abfälle, also die braunen Tonnen, können für kleinere Mengen angekauft werden. Diese sind um Euro 2.20 pro Stück inklusive Umsatzsteuer im Recyclingcenter der AEVG, bei den Wirtschaftsbetrieben oder bei den Bezirksämtern erhältlich. Die mit Grünschnitt befüllten Säcke werden neben dem Behälter für biogene Abfälle, braune Tonne (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), zur Abholung bereitgestellt. Grünschnittabholung: Für größere Mengen von Baum-, Hecken-, Strauch- und Rasenschnitt aus Grazer Privathaushalten gibt es die Möglichkeit der Abholung per Lkw, 7 Kubikmeter beziehungsweise 700 Kilo Ladekapazität durch die AEVG pro Lkw wird ein Pauschalpreis von Euro 66 inklusive Umsatzsteuer verrechnet. Außerdem, meine Damen und Herren, besteht die Möglichkeit, den Grünschnittcontainer von den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Graz gegen Kostenersatz zu bestellen. Grünschnitanlieferung: Als besondere Aktion zum Brauchtumsfeuerverbot wird eine kostenlose Abgabemöglichkeit für Gartenabfälle, also wieder Baum-, Strauch- und Heckenschnitt aus Grazer Gärten angeboten. Zum ersten Mal im Zeitraum vom 12.3.2007 bis 15.4.2007, und jetzt kommt es, an folgenden Standorten: AEVG Recyclingscenter, Firma Ehgartner in Andritz, genauer gesagt in der Wasserwerksgasse 5, Entsorgungsunternehmen und neu in diesem Jahr für den östlichen Teil unsere Landeshauptstadt in der alten Deponie Köglerweg Neufeldweg 219, Zufahrt auch über die Arche Noah möglich. Nun also, warum machen wir das, meine Damen und Herren, weil wir bekanntlich immer wieder (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und zu Recht über Luftbelastung diskutieren müssen, leider, sage ich. Wie also die folgenden Auswertungen, die ich zitieren darf, der Luftgütesituation des Osterwochenendes 2006 zeigen, trat in den vergangenen Jahren regelmäßig in der Nacht von Karsamstag auf Ostersonntag jeweils ein signifikanter Anstieg der Luftbelastung im Stadtgebiet, unter anderem Feinstaub PM 10, auf. Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 20. 1. 2005 wurde dem

Steiermärkischen Landtag und der Landesregierung eine Petition übermittelt, die unter anderem die Forderung nach Einschränkung von Brauchtumsfeuern enthielt. Auf Grund der Neukonstituierung des Steiermärkischen Landtages im Herbst 2005, per Gemeinderatsbeschluss vom 10. 11. 2005, neuerlich übermittelt. Ein entsprechend großes Feuer, ein paar hundert Meter außerhalb der Stadtgrenze, man beachte, ist jedenfalls dazu geeignet, trotz aller Bemühungen zur Eindämmung der aus Brauchtumsfeuern resultierenden Luftbelastung den angrenzenden Stadtbereich, sprich Bezirk Mariatrost, wiederum exorbitant mit Luftschadstoffen zu belasten, werden bisherige Bemühungen übrigens der Stadt Graz ad absurdum geführt und wäre die negative Vorbildwirkung fatal. Jetzt kommt das ganz Wichtige, außerdem wird auf Grund der hier offenbar vorliegenden Verbindung zwischen Grünschnittentsorgung und Brauchtumsfeuer darauf hingewiesen von Seiten der zuständigen Abteilung, dass das Verbrennen von Gartenabfällen in offensichtlicher, und jetzt wichtig, zuhören, angekündigter Entledigungsabsicht, wenn demnach der Brauchtumscharakter nur als Vorwand verwendet wird, seit Jahren bereits österreichweit durch das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, Bundesgesetzblatt 405/1993, untersagt und mit Verwaltungsstrafen bis, Kollegin Gesek, 3.630,- Euro bedroht. Also, meine Damen und Herren, wem die Grazerinnen und Grazer und die Bevölkerung was wert ist, der greife zum großartigen Angebot,...

Zwischenruf Gr. Schönegger: Wir helfen eh.

Bgm.-Stv. **Ferk:** ...das wir in dieser Stadt in diesem Zusammenhang anbieten, wer aber glaubt, weiterhin die Luft zu belasten, der soll seine Entscheidung treffen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Meißlitzer**: Nachdem die ÖVP so stolz auf dieses Flugblatt ist, wird sich meine Zusatzfrage natürlich darauf beschränken, wie kann aber jetzt verhindert werden, wie im Jahr 2006 geschehen, dass Wochen nach dem Osterfeuer übriggebliebener Grünschnitt von den Wirtschaftsbetrieben am Bach entlang von St. Johann abgeholt werden müssen?

Zwischenruf GRin. Gesek: Das ist Sache der Wirtschaftsbetriebe.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Wie das verhindert werden kann, liebe Kollegin Meißlitzer, wäre die Frage dann an diejenigen die das verursachen, aber wie gesagt, ich glaube, ich habe die Frage ausführlich beantwortet (*Applaus SPÖ*).

8) Untermiet- und Betreibervertrag mit dem Literaturhaus

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Untermiet- und Betreibervertrag mit dem Franz Nabl Institut für den Betrieb des Literaturhauses läuft am 31. 3. 2008 aus.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich stelle im Namen der KPÖ-Fraktion deshalb folgende

F r a g e :

Wird es im neu zu erstellenden Vertrag für die Bestellung des Leiters/der Leiterin diesmal eine objektive Stellenausschreibung geben (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Miedl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Frau Magistra Taberhofer! Ich denke, wir tun gut daran, uns an die Grundsatzerklärung von der Frau Gemeinderätin Maxie Uray-Frick und an das zu erinnern, was ich dann darauf gesagt habe. Wir müssen höllisch aufpassen, meine Damen und Herren, dass das kulturelle Geschehen in dieser Stadt nicht aus parteipolitischem Kleinkram permanent heruntergemacht wird. Zur Bilanz des Literaturhauses, meine Damen und Herren: Es gibt selten eine Institution in Österreich, die anspruchsvolle Literatur, die junge Literatur bei steigenden Besucherzahlen mit solchem Erfolg anbietet, wie das das Grazer Kunsthaus tut. Ich war nicht, meine Damen und Herren, verantwortlich für den Abschluss der Verträge. Nur was sich da abgespielt hat während meiner Abwesenheit auf Grund eines Rechnungshofberichtes zum Thema Literaturhaus, den ich nicht einmal kannte, wo plötzlich die Parteien, die das beschlossen haben, über den Kulturstadtrat hergezogen sind, weil sie glaubten, sie könnten da jemanden verantwortlich machen, habe ich für verwunderlich empfunden. Noch für verwunderlicher empfinde ich, meine Damen und Herren diese Kritik, wenn man weiß, dass über 100 Autorinnen und Autoren in den letzten fünf Jahren im Literaturhaus sehr erfolgreich Veranstaltungen durchgeführt haben, gelesen haben und einfach vorhanden waren. Ebenso hat es zahlreiche Theater- und Musikveranstaltungen gegeben, es gibt den jährlichen Jugendliteraturschwerpunkt mit der Kinder- und Jugendbuchmesse Pokulino und insgesamt, meine Damen und Herren, hat das Literaturhaus über 10.000 BesucherInnen gehabt. Jetzt kann man sagen, das ist alles nichts wert, aber, und Miedl sieht das durch eine Brille, die weiß ich wie gefärbt ist. Meine Damen und Herren, es gibt die freie Universität in Berlin, das ist das Institut für allgemeine vergleichende Literaturwissenschaft, die in einer Evaluierung Folgendes zum Kunsthaus gesagt hat. Die Struktur des Institutes und die personelle Verschränkung von Forschung und Lehre sowie die Öffnung der Universität für zeitgenössische Literatur ist ein Glücksfall, meine Damen und Herren, ein Glücksfall, der in anderen Städten dieses Europa erfunden werden müsste und Grazer hat es sich von sich gegeben. Und, meine Damen und Herren, die Person des Prof. Meltzer vereinigt hier genau diese Synergie zwischen Forschung und Lehre, genau die Angelegenheit zwischen Universität, Franz-Nabl-Institut und Literaturhaus und wenn Sie es wissen wollen, nein, meine Damen und Herren, ich werde hier nicht für eine Ausschreibung sorgen und zwar deswegen, weil ich diese erfolgreiche Ära weiter fortsetzen will und zwar mit vollem Engagement und mit all

meiner Kraft, die ich habe, weil wir dem literarischen Geschehen in dieser Stadt etwas Gutes tun wollen. Und, meine Damen und Herren und liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, natürlich werden wir gemeinsam (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) dafür sorgen, dass die Rechnungshofkritik in einen neu zu beschließenden Vertrag optimal eingearbeitet wird. Aber hier gleich beginnen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und das alles auf Kosten der Literatur und auf Kosten der Kunst und Kultur in unserer Stadt, das werde ich mit meiner ganzen Kraft nicht zulassen (*Applaus ÖVP*).

Mag. Taberhofer: Es geht nicht auf Kosten der Kultur, aber es widerspricht meinem Gerechtigkeitsempfinden diese Vorgangsweise, diesen Beisatz möchte ich mir erlauben, bevor ich zu seiner Zusatzfrage komme. Nämlich insofern, sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass es jährlich einen Bericht über die Aktivitäten des Literaturhauses gibt, der entweder dem Gemeinderat vorgestellt werden soll oder im Kulturausschuss, vor allem auch irgendwie dem mitgeteilt. Das wäre für mich irgendwie ein wichtiger Punkt (*Applaus KPÖ*).

StR. Miedl: Liebe Frau Magistra, liebe Frau Gemeinderätin! Es ist doch keine Frage, ich meine, der Auftraggeber ist auch der Gemeinderat und die Gemeinderätinnen dieser Stadt, das ist ja keine Frage, selbstverständlich werde ich das wollen und es auch zulassen, wenn das gewünscht wird. Na selbstverständlich werde ich Ihnen keinerlei Informationen vorenthalten, die wichtig sind für ihre kulturpolitische Beurteilung dieser Angelegenheit. Sie verstehen mich schon richtig, ich lade Sie, sehr viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sehe ich sehr oft im Literaturhaus, ich lade alle recht herzlich ein, das Literaturhaus und seine sehr positiven Veranstaltungen dort öfter zu besuchen, dann braucht man keine Berichte hier trocken diskutieren, sondern man kann live am Geschehen teilnehmen. Jedwede Information, die Sie wünschen, werden Sie von mir bekommen, das ist ein Versprechen, das ich auch halten werde (*Applaus ÖVP*).

9) Sozialstaffel bei Tagesmüttern

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ein Thema, immer wieder aktuell, jetzt ganz besonders. Vor kurzem war die Einschreibwoche in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Es geht wieder einmal um die Sozialstaffel bei Tagesmüttern, die wir leider bisher noch nicht geschafft haben. Unter dreijährige Kinder werden größtenteils von ihren Familien betreut, das sei einmal vorangestellt. Berufsbedingt brauchen aber immer mehr Eltern auch für diese Altersgruppe familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten.

Derzeit werden in Graz zirka 500 Kinder in Krippen und über 300 unter dreijährige Kinder von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Da es für Tagesmütterplätze keine Sozialstaffel gibt, haben viele Eltern keine Wahlfreiheit, darüber haben wir hier in diesem Hause schon öfter gesprochen. Obwohl die Gesamtkosten für Krippenplätze wesentlich höher sind, zahlen die Eltern für Tagesmütter dreimal so viel wie für die Kinderkrippe. Ich rufe in Erinnerung, bei der Tagesmutter zahlen sie für den Ganztagsplatz mit Essen zirka 360 Euro im Monat, unabhängig von ihrem Einkommen, sei es auch noch so gering, für die Krippe, dank der Sozialstaffel, die gut und richtig ist, durchschnittlich 100 Euro.

Hauptursache ist die ungleiche Verteilung der Finanzmittel des Amtes für Jugend und Familie. Beispielsweise wird für eine städtische Kinderkrippe, dieses Beispiel bezieht sich auf eine Krippe mit vorrangig dienstälterem Personal, wo die jährlichen Gesamtkosten 249.000 Euro betragen für zehn Kinder, wovon einen Großteil die Stadt Graz finanziert, für diese Betreuung von diesen zehn Kindern, mehr investiert als für das gesamte Tagesmütter-Angebot. Ich weiß schon, es ist auch die Förderung für die Tagesmütter kontinuierlich gestiegen, aber es geht um die Relation. 149.700,- Euro wurden im Stadtsenat beschlossen für die jährliche Gesamtförderung für die Tagesmütter. Die Aufstockung der Fördermittel für Tagesmütter ist daher ein Gebot der Stunde. Hunderte junge Eltern sind verzweifelt, sie haben keinen Platz in einer Krippe bekommen und die Tagesmutter können sie sich nicht leisten.

Vor einem Jahr hat der Gemeinderat auch das Land Steiermark in einer Petition aufgefordert, sozial gestaffelte Beiträge bei Tagesmüttern finanziell zu unterstützen. Die Antwort kennen Sie.

Nun ist es aber höchste Zeit, dass es endlich zu spürbaren Erleichterungen für die Grazer Familien kommt.

Ich richte daher an dich, liebe Frau Stadträtin, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

F r a g e ,

welche Maßnahmen hast du getroffen, damit für Grazer Eltern spätestens ab September 2007 auch bei Tagesmüttern sozial gestaffelte Tarife gelten (*Applaus ÖVP*)?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi! Ich könnte es mir jetzt irgendwie leicht machen und sagen, ich gehe doch davon aus, dass du weißt, was im Budget vorgesehen ist. Mittel für welche Maßnahmen und gehe daher auch davon aus, dass du weißt, dass es nicht möglich war, die Budgetsumme zu beschließen, die notwendig ist oder notwendig wäre, 1,1 Millionen Euro jährlich und ich könnte es mir, wie gesagt, leicht machen und sagen, wenn du mich fragst, was ich seither getan habe, könnte ich sagen, ich habe jeden Sonntag Lotto gespielt, aber ich habe leider die 1,1 Millionen Euro nicht gewonnen. Aber, Spaß beiseite, ich glaube, ich brauche nicht zu betonen, dir gegenüber vielleicht doch, weil du mir immer wieder unterstellst, ich unterstütze Grazer Familien nicht ausreichend, aber ich denke, dass doch deutlich wird, dass eine flächendeckende qualitativ hochstehende und auch leistbare Kinderbetreuung und Kinderbildung in Betreuungseinrichtungen für mich höchste Priorität hat (*Applaus SPÖ*). Neun neue Kinderkrippen, sieben neue Kindergärten, sechs neue Horte und viele Gruppenerweiterungen und Sanierungen seit 1998 sprechen eine klare Sprache. Erst im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir endlich nach langen Verhinderungsmanövern, auch deiner Fraktion, du wirst dich vielleicht erinnern können, den Neubau des Kindergartens

Mariengasse/Ghegagasse und die Neuerrichtung einer dazugehörigen Kinderkrippe mit 30 Plätzen beschlossen. Natürlich ist es richtig, dass wir noch einigen Nachholbedarf haben, darf aber auch, weil das vielleicht doch nicht so deutlich immer wieder gemacht wird, auch in manchen Medien fast eher das Gegenteil behauptet wird, wir holen in Graz eigentlich, was die Statistik des Betreuungsangebotes für die unter Dreijährigen anbelangt, andere steirische Städte und Gemeinden geradezu aus der Bredouille, denn steiermarkweit befinden sich 60 Kinderkrippengruppen alleine in der Landeshauptstadt von insgesamt 90 Gruppen. Also zwei Drittel aller Kinderkrippengruppen finden sich in der Stadt Graz. In Graz gibt es mittlerweile 12 städtische Kinderkrippen mit 21 Gruppen, gerade erst im Jänner dieses Jahres, haben wir eine weitere Gruppe in der Plüddemangasse eröffnet. Und wir haben guten Grund, auch wenn das neue Kinderbetreuungsgesetz in Kraft tritt mit Sommer dieses Jahres davon auszugehen, dass wir mit Herbst dieses Jahre 100 weitere Kinderkrippenplätze in der Stadt Graz schaffen werden. Deutlich, wie sehr ich mich dafür einsetze, dass Eltern leistbare Betreuungs- und Bildungsangebote in den Betreuungseinrichtungen für die kleinen Kinder finden, macht wohl auch die Tatsache, dass wir in den letzten vier Jahren, und das ist österreichweit einzigartig, du weißt das als Familiensprecherin, über 28 Millionen nicht Schilling, sondern über 28 Millionen Euro ausgegeben haben für das sogenannte Tarifsysteem, das es Eltern möglich macht, auch in jenen Kinderbetreuungseinrichtungen, die privat geführt sind und die gesagt haben, ja wir sind dabei beim Tarifsysteem, die gleiche soziale Staffelung wie in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtung zu erhalten. Darauf bin ich sehr stolz, das ist eine großartige Leistung, die wir den Eltern hier anbieten. Aber, ich mag mir auch nicht gerne unterstellen lassen, dass wir zu wenig oder ich zu wenig Unterstützung gebe für die Tagesmütter oder Tagesmüttervereine. Ich darf daran erinnern, dass der Verein Volkshilfe für die Anstellung der Tagesmütter 16.800 Euro erhält, die Tagesmütteraktion des Steirischen Hilfswerkes erhält über 27.000 Euro und der Tagesmütterverein über 104.000 Euro. Und ich habe manchmal bei deiner Anfrage ein bisschen das Gefühl, dass du immer wieder einmal versuchst, die Kinderkrippen gegen Tagesmütterangebote sozusagen auszuspielen, jetzt weiß ich schon, dass wir natürlich einen unterschiedlichen Zugang auch, was das Mütterbild und Familienbild und überhaupt Weltbild anbelangt, haben, das ist auch gut so, dass es unterschiedliche Weltbilder gibt, zu denen wir stehen, aber ich möchte einfach nicht im Raum stehen lassen immer wieder von dir den Vorwurf, der da lautet, ich

kümmere mich zu wenig um die Notwendigkeiten der Eltern, was die Kinderbetreuung anbelangt. Und, natürlich muss ich auch immer wieder darauf hinweisen, obwohl ich davon ausgehen, dass du es eh weißt, aber du erwähnst es nie in deinen Anfragen, dass natürlich eine Kinderkrippe in ihrem Angebot schlicht und einfach nicht vergleichbar ist mit dem Angebot der Tagesmütter. Die Tagesmütter betreuen die Kinder zu Hause, haben bei weitem nicht die professionelle Ausbildung, die Kindergartenpädagoginnen haben, haben auch keine Vorgaben, was die Qualitätsstandards angeht, haben in vielen Fällen auch nicht die Möglichkeit, diese Infrastruktur anzubieten, wie sie die Kinderbetreuungseinrichtungen anbieten und sie werden schlicht und einfach den Eltern nach Sicherheit der Betreuung der Kinder in besserem Ausmaß gerecht, als das bei den Tagesmüttern der Fall ist. Damit will ich nicht die Leistungen der Tagesmütter schmälern, bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Aber es sind zwei ganz unterschiedliche Betreuungsangebote. Ich habe mich dazu bekannt, dass wir einen guten Mix, eine gute Mischung unterschiedlicher Betreuungsangebote haben, dass meine Priorität bei den Kinderkrippen angesiedelt ist und die Priorität der Sozialdemokratie, das ist schlicht und einfach kein Geheimnis, mein Ziel ist es, die Barcelona-Vorgabe, 33 % bis zum Jahre 2010, in der Stadt Graz umzusetzen. Die Mittel dafür gibt es, sie sind vorgesehen zu einem guten Teil im Budget der Stadt Graz, aber ich fordere ganz dringend, und da sind unsere beiden Fraktionen auch auf Bundesebene gefragt, ganz dringend eine Neuauflage der ehemaligen Kindergartenmilliarde, diesmal Kindergartenmillion oder Kinderbetreuungsmillion, denn diese Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen, dort ist höchste Priorität zu setzen, der Bund muss uns dabei unterstützen, ich will 33 % Bedarfsbedeckung für die 0 bis 3-Jährigen 2010, ich bitte dich, mich in diesem Anliegen zu unterstützen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger:** Ganz kurz, es war nicht die Beantwortung meiner Frage, was du dafür tun wirst, dass wirklich gleiches Recht für alle Eltern gilt. Du hast jetzt dein wahres Gesicht gezeigt, die klare Präferenz für die Krippen (*Applaus ÖVP*), wir als Volkspartei wollen den Eltern die Wahlfreiheit lassen, wohlwissend, dass es Eltern gibt, die ihr Kind lieber in die Krippe geben und solche gibt, die das Kind lieber zur

Tagesmutter geben und das sollen sie frei, unabhängig von finanziellen Zwängen tun können und wenn wir jetzt die Misere haben, dass es ganz einfach zu wenig leistbare Betreuungsplätze gibt, ist es unsere Aufgabe, möglichst schnell Abhilfe zu schaffen. Wir können die Eltern nicht länger im Stich lassen...

Bgm. Mag. Nagl: Zusatzfrage bitte.

GRin. **Potzinger:** .wenn sie in der Krippe keinen Platz haben, müssen wir ihnen eben was anderes anbieten. Und die Zusatzfrage ist tagesaktuell bezugnehmend Kinderbetreuungsthema in der heutigen Kleinen Zeitung aufgerollt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), deine Fraktionskollegin Landesrätin Vollath ist da zitiert, deshalb die Zusatzfrage, Frau Stadträtin, wirst du die von Landesrätin Vollath angeregten Erhebungen bezüglich Sommerkindergärten und Tagesmütter in Kindergärten umgehend auch für die Stadt Graz durchführen lassen? Frau Landesrätin Vollath schätzt offenbar Tagesmütter so sehr, dass sie ihnen verstärkt zutraut, auch in Kindergärten tätig zu sein (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Also irgendwie verstehe ich nicht ganz, dass du mir den Vorwurf machst, dass ich mein wahres Gesicht zeige. Heißt das, dass das was Unanständiges ist, ich hoffe, dass du auch dein wahres Gesicht zeigst, wenn du mit mir in Dialog trittst, liebe Kollegin Potzinger (*Applaus SPÖ*). Um deine Zusatzfrage zu beantworten, wir haben in der Stadt Graz jedes Jahr eine Umfrage gemacht, um zu orten, wie viele Eltern für ihre Kinder eine Betreuung brauchen, wir werden sie auch heuer machen, sie steht quasi an, wir werden sie in den nächsten zwei Wochen starten und wir werden dafür sorgen, dass alle Eltern, die eine Betreuung für ihre Kinder im Sommer brauchen, diese auch haben werden und natürlich werden wir den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Das ist ja wohl selbstverständlich, du wirst ja wohl nicht glauben, dass die Frau Landesrätin und ich in dieser Frage unterschiedliche Positionierungen haben (*Applaus SPÖ*).